

Konferenz der Ev. Kirchenleitungen der DDR, Berlin (2)

10. Mai 1983

Information Nr. 166/83 über den Verlauf der turnusmäßigen Tagung der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR (KKL) vom 29. bis 30. April 1983 in der Hauptstadt der DDR, Berlin

Quelle

BStU, MfS, ZAIG 3337, Bl. 8–16 (8. Expl.).

Serie

Informationen.

Verteiler

Honecker, Verner, Bellmann, Gysi – MfS: Mittig, Leiter HA XX, ZAIG/1, Ablage.

Am 29. und 30. April 1983 fand die 86. ordentliche Tagung der KKL in der Hauptstadt der DDR, Berlin, statt.

An dieser Tagung nahmen alle Bischöfe und Chef-Juristen der evangelischen Landeskirchen sowie die Mitglieder des Vorstandes der KKL teil.

Im Mittelpunkt der Beratungen standen

- eine Stellungnahme von Landesbischof *Leich*¹ zum Gespräch mit dem Generalsekretär des ZK der SED und Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Genossen Erich *Honecker*,² am 21. April 1983 auf der Wartburg,
- Berichte aus den Gliedkirchen,
- ein Bericht der KKL über die Ergebnisse des Gespräches des Vorstandes der KKL mit dem Staatssekretär für Kirchenfragen der DDR, Genosse *Gysi*,³ vom 10. Januar 1963 sowie
- der Bericht des Vorstandes der KKL.

In seiner Stellungnahme zum Gespräch mit dem Generalsekretär des ZK der SED und Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Genossen Erich *Honecker*, anlässlich der Wiedereröffnung der Wartburg am 21. April 1983⁴ führte Landesbischof *Leich* nach streng intern vorliegenden Hinweisen u. a. aus:

Auf der diesem Treffen vorhergehenden Sitzung des kirchlichen Lutherkomitees, in dessen Auftrage er an der staatlichen Veranstaltung zur Wiedereröffnung der Wartburg teilnahm, wäre der Wunsch der staatlichen Seite vorgetragen worden, ein Gespräch unter vier Augen zwischen Genossen *Honecker* und Landesbischof *Leich* zu vereinbaren. Umso erstaunter sei er gewesen, als er vom Staatsratsvorsitzenden auf der Wartburg mit den Worten begrüßt wurde: Sie wollen mich sprechen, Herr Bischof? Nach dem offiziellen Staatsakt sei er in einen vorbereiteten Raum geleitet worden. Erst unmittelbar vor Beginn des Gespräches mit Erich *Honecker* habe er festgestellt, dass es kein Gespräch »unter vier Augen« sei und der Staatssekretär für Kirchenfragen daran teilnehmen wird. Aufgrund der Kürze der Zeit war es ihm nicht möglich, einen zweiten kirchlichen Gesprächspartner mit hinzuzuziehen. Der Verlauf des Gespräches und die durch die Presseveröffentlichung⁵ entstandene Situation zeigten jedoch, dass es in Zukunft notwendig sei, hier konsequent und hart zu bleiben. Man solle darauf bestehen, dass auf beiden Seiten die gleiche Anzahl Personen als Gesprächsteilnehmer anwesend seien.

Im Verlaufe des Gesprächs habe er drei Themenkreise berührt:

- Dank für die Unterstützung des kirchlichen Lutherkomitees und die Vorbereitung und Durchführung der Lutherehrungen,⁶
- Dank an den Vorsitzenden des Staatsrates der DDR für dessen in diesem Zusammenhang gezeigtes persönliches Engagement sowie für die Aktivitäten im Sinne der Gestaltung einer kontinuierlichen Friedenspolitik und
- »Umsetzung der humanistischen Prinzipien der DDR in die Realität«.

Auf das letzte Problem eingehend brachte Landesbischof *Leich* zum Ausdruck, dass er »hier die vorhandenen Probleme in der Volksbildung, der Ausbildung von Lehrlingen und die Gleichachtung der Bausoldaten⁷ angesprochen habe. Hinsichtlich der Volksbildung und Ausbildung habe der Staatsratsvorsitzende erklärt, es müsse eine Chancengleichheit für alle geben. Vorhandene Widersprüche sollten in Zukunft über den Staatssekretär für Kirchenfragen geklärt werden. Zur Gewissensentscheidung bei Reservisten kam es zu keiner Grundsatzentscheidung.« *Leich* berichtete weiter, dass eine »Vertraulichkeit des Gespräches« mit Erich *Honecker* vereinbart worden sei. Mit großem Unverständnis habe er dann am gleichen Tage im Fernsehen der DDR Einzelheiten über das geführte Gespräch gehört und am folgenden Tage in der Tagespresse gelesen. Er habe daraufhin in einem persönlichen Brief an den Staatssekretär für Kirchenfragen⁸ seine Verwunderung über diese unseriöse Art der Handhabung eines vertraulichen Gespräches geäußert.

Dem Bericht von Landesbischof *Leich* stimmte die KKL zu. Bedauern wurde über die »Verfahrensweise staatlicherseits« zum Ausdruck gebracht. (Eine Veröffentlichung des Berichtes und des Beschlusses der KKL dazu sind nicht vorgesehen.)

Zum Tagesordnungspunkt »Berichte aus den Gliedkirchen« erscheinen u. a. folgende Ausführungen beachtenswert:

Bischof *Forck*⁹ (Berlin) berichtete über die Frühjahrssynode der Evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg und erklärte, dass insgesamt fünf Briefe, welche sich mit »Friedensfragen« beschäftigten, auf der Synode behandelt und bestätigt worden seien. (Auf Einzelheiten ging er nicht ein.)¹⁰

Er informierte die KKL, dass sich eine »Basisgruppe«¹¹ an die Kirchenleitung der Evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg mit der Bitte um Unterstützung bei der Durchführung einer »Friedenswerkstatt« am 4./5. Juni 1983 gewandt habe.¹² Die Kirchenleitung unterbreitete dieser »Basisgruppe« in Abstimmung mit den anderen Landeskirchen den Vorschlag, diese »Friedenswerkstatt« im Rahmen der »Friedensdekade« im November 1983¹³ durchzuführen. Diesen Vorschlag habe die »Basisgruppe« abgelehnt. Sie beabsichtigt jetzt, die »Friedenswerkstatt« am 3. Juli 1983 in der Erlöserkirche in Berlin-Lichtenberg – dem Austragungsort mehrerer »Blues-Messen«¹⁴ in der Vergangenheit – durchzuführen. Hierzu wollen die Organisatoren Vertreter der CDU, der Christlichen Friedenskonferenz (CFK) und fünf Mitglieder der Kirchenleitung der Evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg einladen.

Bischof *Hempel*¹⁵ (Dresden) berichtete über die Teilnahme einer Delegation aus der DDR an der »Christlichen Weltkonferenz« zum Thema »Leben und Frieden« in Uppsala/Schweden in der Zeit vom 21. bis 24. April 1983.

Mit Unbehagen habe er zur Kenntnis genommen, dass sich die an der Konferenz teilnehmenden Bischöfe aus den USA und der BRD durch ihr Auftreten völlig isoliert hätten. Dies sei besonders darauf zurückzuführen, dass sie sich nicht gegen eine Ächtung der Atomwaffen ausgesprochen haben. Im Gegensatz dazu haben die Vertreter der DDR-Delegation mit ihrem politischen Engagement die volle Zustimmung der Teilnehmer der »Christlichen Weltkonferenz« erhalten.

Unter Bezugnahme auf eine vom Sekretariat des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR herausgegebene sogenannte Schnellinformation über das Gespräch des Vorstandes der KKL mit dem Staatssekretär für Kirchenfragen der DDR am 10. Januar 1983¹⁶ wurden zusammenfassend und ergänzend nochmals folgende Probleme hervorgehoben:

- Bis auf drei Personen seien alle genannten Inhaftierten aus der Haft entlassen und in Bausoldaten-Einheiten eingegliedert worden.
- Die »Reservistenproblematik« (Verweigerung des Reservistenwehrdienstes) könne nur in Einzelfällen zu »positiven Entscheidungen« geführt werden.
- Die Wehrkreiskommandos der NVA sind rechtzeitig und schriftlich über bevorstehende Immatrikulationen von Personen für ein Hochschulstudium – auch bezogen auf kirchliche Hochschulen – in Kenntnis zu setzen. Es erfolgt dann keine Einberufung.
- Zur Frage der »Bausoldaten« sei eine »generelle Einigung« erzielt worden.
- Im Zusammenhang mit der vormilitärischen Ausbildung an den Erweiterten Oberschulen und an den Lehrstätten für Berufsausbildung mit Abitur sei auch in Zukunft mit Schwierigkeiten zu rechnen. Es konnte keine Einigung erzielt werden. Einzelfälle sollen ohne Öffentlichkeitswirksamkeit an den Staatssekretär für Kirchenfragen der DDR herangetragen werden.

Den Bericht des Vorstandes der KKL erstattete Bischof *Hempel* unter Bezugnahme auf den Verlauf und die Ergebnisse der 150. (16. März 1983) und der 151. (26. März 1983) Sitzung des Vorstandes der KKL. Schwerpunkt seiner Ausführungen bildeten anstehende Probleme bezogen auf Aktivitäten der »Evangelischen Kirche in Deutschland« (EKD/BRD). Bischof *Hempel* führte u. a. aus:

Die EKD beabsichtige, auf ihrer nächsten Synode eine Grundordnungsveränderung »zur besonderen Gemeinschaft der beiden deutschen Kirchen« – EKD und Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR (BEK) – vorzunehmen.¹⁷ Der Vorstand der KKL habe der EKD empfohlen, dieses Thema nicht auf der Synode zu behandeln.

Seitens der EKD habe es auch Initiativen gegeben, die »kirchliche Friedensbewegung der DDR und der BRD« für die Auszeichnung mit dem Friedensnobelpreis vorzuschlagen. Auch dagegen habe sich der Vorstand der KKL energisch ausgesprochen.

Zur bisherigen Tätigkeit einer »Konsultationsgruppe« von Mitgliedern der Leitung des BEK und der EKD – seitens des BEK gehören ihr an: Bischof *Gienke*¹⁸ (Greifswald), Propst *Falcke*¹⁹ (Erfurt), Dr. *Demke*²⁰ (Berlin), Präsident *Domsch*²¹ (Dresden), Superintendent *Große*²² (Saalfeld) – habe es im Vorstand der KKL »ernste Diskussionen« gegeben.

Die EKD-Mitglieder dieser »Konsultationsgruppe« lehnen es ab, mit den DDR-Mitgliedern weiter über das Thema »Frieden« zu sprechen. Sie fühlen sich durch die Mitglieder des BEK »unter Druck gesetzt und angegriffen«. Es würde von ihnen mehr verlangt, als die EKD in dieser Frage mitgehen kann.

Der Vorstand der KKL unterbreitete den Vorschlag, einzelne Mitglieder dieser »Konsultationsgruppe« auszutauschen. Demzufolge sollten Bischof *Leich* (Erfurt), als Präsident der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirchen (VELK) in der DDR, Konsistorialpräsident *Kramer* (Magdeburg), als Vizepräsident der Evangelischen Kirche der Union – Bereich DDR und der Präses der Synode des Bundes, *Wahrmann*²³ (Wismar), neu berufen werden.

Der Vorstand der KKL ist ferner der Auffassung, dass die DDR-Mitglieder zukünftig nicht mehr die Problematik »Frieden« in den Mittelpunkt der Beratungen dieser »Konsultationsgruppe« stellen sollten. Es wurde empfohlen, allgemeine Probleme zu behandeln und zu diskutieren, wie gemeinsames Gesangbuch, Tauffragen u. Ä.

(Aufgrund von Meinungsverschiedenheiten innerhalb der KKL wurde dieses Problem auf die Juli-Sitzung der KKL vertagt.)

Bischof *Hempel* berichtete weiter, dass sich die Leitung der EKD gegenüber dem Vorstand der KKL »sehr empört« über die Veröffentlichung des Materials »Sicherheitspartnerschaft und Frieden in Europa. Aufgaben der deutschen Staaten, Verantwortung der deutschen Kirchen« der Theologischen Studienabteilung beim BEK (März 1983) geäußert habe.²⁴

Die darin enthaltene Forderung, »dass im Interesse der Erhaltung des Friedens und der Sicherheit in Europa die EKD gegen die Stationierung von neuen US-Mittelstreckenraketen in Westeuropa und für die Anerkennung der DDR-Staatsbürgerschaft und der damit verbundenen Veränderung des Grundgesetzes der BRD« eintreten solle, habe unter breiten Kreisen leitender Mitglieder der EKD Unwillen hervorgerufen. Ihrer Auffassung nach mische sich damit der BEK in die inneren Angelegenheiten der BRD ein.

Sollte der BEK bei diesen Forderungen bleiben, werde die EKD in ähnlicher Weise reagieren und vom BEK fordern, sich verstärkt »gegen die Gewaltakte der DDR-Grenzorgane an der Staatsgrenze zur BRD und Westberlin und gegen ähnliche Probleme« zu wenden.

Die Mitglieder der KKL waren über die ihnen von Bischof *Hempel* übermittelten Entscheidungen und Reaktionen der Leitung der EKD zu den Friedensfragen sichtlich deprimiert.

Der Vorstand der KKL unterbreitete der KKL den Vorschlag, während der Pfingsttreffen der Jugend der DDR keine besonderen Aktivitäten zu planen und durchzuführen. In dem von der KKL dazu bestätigten Beschluss wird festgestellt:

»Der Staatssekretär hat erneut hervorgehoben, dass eine breite Beteiligung der Jugendlichen erstrebt wird mit dem ›Recht auf Selbstdarstellung‹.

Der Vorstand beschloss: Der Vorstand stellt fest, dass der Wortlaut des Aufrufes keinen Anlass bietet, vonseiten der kirchlichen Jugendarbeit Initiativen für die Beteiligung zu ergreifen. Wenn es zu einer Beteiligung kommt, sollte Mitteilung an die jeweilige Leitung der Landeskirche erfolgen; es sollten lediglich eigene Sachlösungen ohne Gruppenfirmierung mitgeführt werden, über die mit der Veranstaltungsleitung vorher eine Absprache zu treffen ist. Das Sekretariat wird beauftragt, entsprechend diesen Gesichtspunkten eine Unterrichtung für die Gliedkirchen vorzubereiten.«

Im Ergebnis der Beratungen zur Arbeit der Kommissionen und Ausschüsse fasste die KKL u. a. Beschlüsse zu solchen Fragen, wie:

- Gemeindepädagogengesetz;
- Qualifizierung von Absolventen, die von der Kirche zum Jurastudium delegiert werden;
- Berufung des Facharbeitskreises »Zusammenarbeit von Mann und Frau in der Kirche, Familie und Gesellschaft«;
- Tagesordnung für die 3. Tagung der 4. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 16. bis 20. September 1983 in Potsdam-Hermannswerder.

(Die Materialien der KKL-Tagung liegen dem MfS im Original vor und können bei Bedarf angefordert werden.)

Die Information ist wegen Quellengefährdung nur zur persönlichen Kenntnisnahme bestimmt.

1

Werner Leich, Jg. 1927, evangelischer Theologe, 1978–92 Landesbischof der Evangelisch-Lutherischen Kirche Thüringen, 1980–83 Vorsitzender des kirchlichen Lutherkomitees zum Lutherjahr 1983, 1986–90 Vorsitzender der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR.

2

Erich Honecker, Jg. 1912, SED-Funktionär, 1958–89 Mitglied des Politbüros, seit 1971 Erster Sekretär, seit 1976 Generalsekretär der SED, 1971–89 Vorsitzender des Nationalen Verteidigungsrates, 1976–89 Vorsitzender des Staatsrates.

3

Klaus Gysi, Jg. 1912, SED-Funktionär, 1957–66 Leiter des Aufbau-Verlags, 1966–73 Minister für Kultur, anschließend Botschafter in Italien, im Vatikan und in Malta, 1979–88 Staatssekretär für Kirchenfragen.

4

Nach vierjähriger Sanierung wurde am 21.4.1983 die Wartburg mit einem feierlichen Staatsakt unter Anwesenheit von Erich Honecker wiedereröffnet. Kulturminister Hans-Joachim Hoffmann bezeichnete die Restauration des mittelalterlichen Gebäudeensembles als »beredtes Zeugnis von der hohen Wertschätzung, die der sozialistische Staat und seine Gesellschaft ihrem historischen und kulturellen Erbe entgegenbringt«. Die Eröffnung war Teil der aufwendigen Feierlichkeiten zum 500. Geburtstag Martin Luthers, mit denen der Reformator in das Geschichts- und Nationalbewusstsein der DDR integriert werden sollte. Luther sollte fortan nicht mehr als reaktionärer »Fürstenknecht« und Gegenstück zu Thomas Müntzer, sondern als Aufklärer und geistiger Wegbereiter des Sozialismus gelten. Ziel dieser geschichtspolitischen Wende war eine Stärkung der inneren Legitimität des Staates und ein Zugewinn an außenpolitischer Reputation. Vgl. Bickelhaupt, Thomas: Die Luther Farce. Als Honecker und Co vor 25 Jahren mit einem Staatsakt dem Reformator gedenken wollten. In:

<https://www.domradio.de/nachrichten/2008-04-21/als-honecker-und-co-vor-25-jahren-mit-einem-staatsakt-dem-reformator-gedenken-wollten> (letzter Abruf: 31.8.2020).

5

Das »Neue Deutschland« hatte am 22.4.1983 über das Gespräch zwischen Werner Leich und Erich Honecker am Rande der Lutherfeierlichkeiten auf der Wartburg auf seiner Titelseite mit Bild berichtet. Vgl. Begegnung Erich Honeckers mit Landesbischof Leich. In:

ND v. 22.4.1981, S. 1.

6

Restaurierte Luther-Häuser, eine Luther-Serie im DDR-Fernsehen, eine Luther-Briefmarke und ein live im Fernsehen übertragener deutsch-deutscher Gottesdienst am 4.5.1983 auf der Wartburg sind Beispiele für die sogenannten Lutherehrungen, mit denen im Laufe des Jahres 1983 der 500. Geburtstag von Martin Luther aufwendig gefeiert wurde. Die Vorbereitung dieser Ereignisse übernahm ein kirchliches Luther-Komitee des BEK und ein im Juni 1980 eingesetztes staatliches Luther-Komitee unter Vorsitz von Erich Honecker.

7

In der DDR gab es keine Möglichkeit den Wehrdienst zu verweigern bzw. zivilen Ersatzdienst zu leisten. Seit der Verabschiedung des Wehrdienstgesetzes vom 24.1.1962 (GBl. I 1962, S. 2–4) bestand in der DDR eine 18-monatige Wehrpflicht. Durch eine Anordnung des Nationalen Verteidigungsrates wurde am 7.9.1964 (GBl. I 1964, S. 129 f.) ein waffenloser Ersatzdienst in Bausoldateneinheiten eingeführt, in dem Wehrpflichtige, die den Dienst an der Waffe aus Gewissensgründen verweigerten, ihre Wehrpflicht ableisten mussten. Vgl. Eisenfeld, Bernd; Schicketanz, Peter: Bausoldaten in der DDR. Die »Zusammenführung feindlich-negativer Kräfte« in der NVA. Berlin 2011.

8

Der Brief Werner Leichs an Klaus Gysi vom 25.4.1983 ist im Landeskirchenarchiv Eisenach abgelegt: LKAE, Generalakten, Teil 2, A – 804 – 37, Schriftwechsel von Landesbischof Leich, 1983, Bl. 78.

9

Gottfried Forck, Jg. 1923, evangelischer Theologe, 1973–81 Generalsuperintendent des Sprengels Cottbus, 1981–91 Bischof der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg – Bereich Ost, 1984–87 Vorsitzender des Rates der Evangelischen Kirche der Union für den Bereich DDR.

10

Die 5. Tagung der 8. Synode der Evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg fand vom 8. bis 12.4.1983 in der Stephanus-Stiftung in Berlin-Weißensee statt. Zu den fünf verabschiedeten Dokumenten zählen der Bericht der Kirchenleitung, ein Vortrag von Bischof Gottfried Forck, der Jahresbericht des Diakonischen Werkes, ein »Brief an die Konferenz Europäischer Kirchen« und ein »Vorschlag zur Entspannung in Europa«. Die letzten beiden Schriftstücke finden sich als Anlagen zur Information [Jahrgang 1983](#)145/83.

11

Seit Anfang der 1980er-Jahre fanden sich unter dem Dach der evangelischen Kirche zahlreiche Bürger in Friedens-, Eine-Welt- und Umweltgruppen zusammen, um neue Themen zu setzen und alternative Aktionsformen auszuprobieren. Sie gründeten Netzwerke wie den »Arbeitskreis Solidarische Kirche« oder das »Grün-ökologische Netzwerk Arche« und suchten für ihre Anliegen mit Friedensandachten, Umweltgottesdiensten, Mahnwachen, offenen Briefen oder Beiträgen in Samisdat-Schriften konsequent die Öffentlichkeit. Ein zentrales Forum der Basisgruppen war das jährlich tagende, von Hans-Jochen Tschiche organisierte Arbeitstreffen »Konkret für den Frieden«. Es konstituierte sich im März 1983 mit einem ersten Treffen von 137 Aktivisten aus 37 Friedensgruppen in Berlin. Siehe Neubert, Ehrhart: Geschichte der Opposition in der DDR 1949–1989. Bonn 1997, S. 289–324 u. 463–477.

12

Die seit 1982 praktizierten Friedenswerkstätten waren eintägige kirchliche Großveranstaltungen mit Gottesdiensten, Kleinkunstaufführungen, Ausstellungen und Diskussionsforen. Gestaltet wurden sie von kirchlichen Basisgruppen mit ihren Themen Ökologie, Frieden, Abrüstung und Menschenrechte. Überregionale Bedeutung gewann vor allem die Friedenswerkstatt der Berliner Erlöserkirche. Am 3.7.1983 versammelten sich hier zum zweiten Mal über 3 000 Interessenten unter dem Motto »Frieden pflanzen«. Bis 1986 folgten drei weitere Werkstätten, bevor die Kirchenleitung auf Drängen des Staates die Treffen untersagte. Als Protest fanden sich die Aktivisten im Jahr 1987 zum »Kirchentag von Unten« als alternatives Forum zum stark entpolitisierten offiziellen Kirchentag in Berlin zusammen.

13

Seit 1980 organisierte der Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR am Ende eines Kirchenjahres ein zehntägiges Programm mit Gedenkveranstaltungen, Diskussionsrunden, Workshops und Gottesdiensten rund um das Thema Frieden und Abrüstung. Die sogenannte Friedensdekade, die mit dem Buß- und Betttag endete, fand im Jahr 1983 vom 6. bis 16.11. unter dem Motto »Damit ich stark bin, musst Du schwach sein!« statt.

14

Blues-Messen nannte sich die ab 1979 in der Berliner Samariter-Gemeinde von Günter Holwas und Rainer Eppelmann entwickelte Form der offenen Arbeit der Evangelischen Kirche, bei denen auch kirchenferne unangepasste Jugendliche zu Lesungen und Konzerten in gottesdienstähnliche Veranstaltungen kommen konnten. Die erste Blues-Messe fand am 1.6.1979 während des Pfingsttreffens der FDJ statt. In der Folgezeit entwickelte sich die Mischung aus Textlesungen, Musik- und Theatereinlagen, Fürbitten und Sketchen zu Großereignissen mit bis zu 6 000 Teilnehmern. Neben der Friedrichshainer Samariter- und Auferstehungskirche wurde auch die Erlöserkirche in Lichtenberg mit einbezogen. Die Messen boten einen neuartigen Rahmen, um politische Themen zu diskutieren und persönliche Nöte von Jugendlichen anzusprechen. Vgl. Moldt, Dirk: Zwischen Haß und Hoffnung. Die Blues-Messen 1979–1986. Berlin 2008.

15

Johannes Hempel, Jg. 1929, evangelischer Theologe, 1972–94 Landesbischof der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Sachsens, 1981–86

Leitender Bischof der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche in der DDR, 1982–86 Vorsitzender der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen.

16

Vgl. Schnellinformation des Bundes der evangelischen Kirchen in der DDR vom 24.1.1983 über ein Gespräch mit dem Staatssekretär für Kirchenfragen am 10.1.1983; BStU, MfS, HA XX/4, Nr. 1222, Bl. 30–33.

17

Auf Initiative des Berliner Synodalen Werner Raddatz beauftragte die Synode der EKD in Spandau im Jahr 1982 den Rat der EKD mit der Ausarbeitung eines Gesetzentwurfes zur Änderung der Grundordnung der EKD von 1948, um die »besondere Gemeinschaft« aller Christen in beiden deutschen Staaten hervorzuheben. Für die Änderung von Artikel 1 der Grundordnung richtete die EKD-Leitung im Februar 1983 einen Ad-hoc-Ausschuss ein, dessen Textvorschlag im März im Rat der EKD und in der KKL des BEK beraten wurde. Die ostdeutsche Seite plädierte dabei für eine möglichst knappe Verankerung der »besonderen Gemeinschaft« in der Grundordnung, ohne einen eigenen Absatz einzufügen. Nach einer Überarbeitung des Artikelentwurfs im Juni 1983 beschloss die EKD-Synode in Worms im November 1983 das Änderungsgesetz mit folgender Textpassage für Artikel 1 Absatz 2: »Die bestehende Gemeinschaft der deutschen evangelischen Christenheit wird in der Evangelischen Kirche in Deutschland für ihren Bereich sichtbar. Die Evangelische Kirche in Deutschland bekennt sich zu der besonderen Gemeinschaft der ganzen Evangelischen Christenheit in Deutschland. In der Mitverantwortung für diese Gemeinschaft nimmt sie die Aufgaben, die sich daraus ergeben, für ihren Bereich in freier Partnerschaft mit dem Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR wahr.« Die Zustimmung der Kirchenkonferenz der EKD zum Gesetz erfolgte im Juni 1984. Die Betonung der »besonderen Gemeinschaft« entsprach dem Selbstbild der EKD als Vermittler zwischen Ost und West, das auch mit der kooperativen deutschlandpolitischen Linie der damaligen Bundesregierung vereinbar war. Vgl. Beier, Peter: »Kirchwerdung« im Zeichen der deutschen Teilung. Die Verfassungsreformen von EKD und BEK als Anfrage an ihre »besondere Gemeinschaft«. Göttingen 2004, S. 137–150.

18

Horst Gienke, Jg. 1930, evangelischer Theologe, 1969–89 Mitglied der Synode des BEK und der Konferenz der Kirchenleitungen, 1972–89 Bischof der Evangelischen Landeskirche Greifswalds, 1973–76 Vorsitzender des Rates der Evangelischen Kirche der Union in der DDR, 1982 Leiter der Delegation des Kirchenbundes zur Weltkonferenz »Religiöser Vertreter für die Rettung der heiligen Gabe des Lebens vor einer nuklearen Katastrophe« in Moskau.

19

Heino Falcke, Jg. 1929, evangelischer Theologe, 1973–94 Propst in Erfurt, 1975–87 Vorsitzender des Ausschusses »Kirche und Gesellschaft« beim Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR, trat für ökologische Reformen ein und galt als ein Inspirator der oppositionellen Umweltbewegung, 1983 Mitbegründer des Konziliaren Prozesses, der 1988/89 zu drei großen ökumenischen Versammlungen in Dresden und Magdeburg unter Einbindung zahlreicher Oppositioneller führte.

20

Christoph Demke, Jg. 1935, evangelischer Theologe, 1981–83 Leiter des Sekretariats des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR, 1980–83 Sekretär des kirchlichen Lutherkomitees, 1983–97 Bischof der Kirchenprovinz Sachsen.

21

Kurt Domsch, Jg. 1928, Bauingenieur, 1970–75 Präsident der Generalsynode der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche, 1975–89 Präsident des Sächsischen Landeskirchenamtes, leitender Angestellter im VEB Brücken- und Hochbau Neustadt/Sachsen.

22

Ludwig Große, Jg. 1933, evangelischer Theologe, 1970–88 Superintendent in Saalfeld, 1977–89 Mitglied der Kirchenleitung der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche in der DDR, ab 1988 Leiter des Dezernats für Ausbildung in der Thüringischen Landeskirche als Oberkirchenrat.

23

Siegfried Wahrmann, Jg. 1918, Textilkaufmann, 1970–88 Präses der Mecklenburger Landessynode, 1977–85 Präses der Bundessynode.

24

Das im März 1983 von der Theologischen Studienabteilung beim BEK veröffentlichte Papier zur »Gemeinsamen Sicherheit« nahm die Idee der Palme-Kommission einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa auf und forderte eine intensive zwischenstaatliche Kooperation auf europäischer Ebene als Alternative zur Strategie der wechselseitigen Abschreckung. Der erste Teil der Studie erklärte Abrüstung und ökonomische Stabilität in Ost und West zu zentralen Friedensbedingungen in Europa. Anschließend wurde die Bedeutung zweier stabiler und kooperativer deutscher Staaten hervorgehoben und schließlich die Dialogrolle der Kirche für die Herbeiführung eines gesamteuropäischen Gesprächs betont. Unter kirchlichen Basisgruppen war das von Walter Romberg erarbeitete Konzept der Sicherheitspartnerschaft recht umstritten, da es das Thema Frieden zur alleinigen Angelegenheit von Regierungen und Kirchenleitungen erklärte. Dennoch fand der Ansatz auf der Synode des DDR-Kirchenbundes vom 16. bis 20. September in Potsdam große Zustimmung und entwickelte sich fortan zur friedenspolitischen Leitlinie des BEK. Vgl. Sicherheitspartnerschaft und Frieden in Europa. Aufgaben der deutschen Staaten, Verantwortung der deutschen Kirchen, März 1983. Hg. v. d. Theologischen Studienabteilung beim BEK, abgelegt in: RHG, AdO, kirchliche Veröffentlichungen, HL 204/03–04; zum Konzept siehe auch Neubert, Ehrhart: Geschichte der Opposition in der DDR 1949–1989. Bonn 1997, S. 372–374.

